Keine Eile bei der Lösung des Afghanistankonflikts

UN-Vermittlung am toten Punkt

PIERRE SIMONITSCH

Seit bald sieben Jahren kämpfen sowjetische Truppen in Afghanistan[1], doch ist weder ein militärischer Sieg in Sicht noch haben die Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts den Durchbruch erzielt. Ohne konkrete Fortschritte wurde die bisher letzte Runde der im Rahmen der Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen am 8. August auf unbestimmte Zeit vertagt. Der als Vermittler wirkende UN-Untergeneralsekretär für besondere politische Fragen, Diego Cordovez, erklärte zwar, der Verhandlungsprozeß sei »durchaus lebendig« und werde fortgesetzt, doch unter den Beobachtern mehren sich die Zweifel am Kompromißwillen der Sowjetunion. Cordovez selbst mußte einräumen, daß einige »schmerzliche Entscheidungen« noch nicht gefallen sind.

Kosmetische Operationen

Die Ablösung des mit dem Odium eines Statthalters von Moskaus Gnaden behafteten Babrak Karmal durch den früheren Geheimpolizeichef Mohammad Najibullah an der Spitze der ›Demokratischen Volkspartei Afghanistans‹ erbrachte ebensowenig die fällige Flurbereinigung wie die Ankündigung des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, bis Jahresende sechs sowjetische Regimenter aus dem südlichen Nachbarland abzuziehen. »Plus ça change, plus c'est la même chose«, könnte man mit einem französischen Sprichwort sagen. Spekulationen über eine Kriegsmüdigkeit der Sowjetunion, die durch Andeutungen aus östlichen Diplomatenkreisen genährt werden, haben sich bislang nicht am Verhandlungstisch niedergeschlagen. Die Sowjetführer beteuern unablässig ihren guten Willen, die Verhandlungen zum Erfolg zu führen. Auch die Tatsache, daß der Krieg in Afghanistan für die sowjetischen Massenmedien nicht mehr tabu ist, läßt sich als psychologische Vorbereitung eines Disengagements auffassen. Nach wie vor wird aber der Rückzug des »auf Verlangen seiner Regierung in Afghanistan befindlichen begrenzten sowjetischen Truppenkontingents« von einer politischen Regelung abhängig gemacht,

»welche die wirkliche Beendigung der bewaffneten ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Demokratischen Republik Afghanistan gewährleistet und die Unmöglichkeit ihrer Wiederholung mit Sicherheit garantiert«[2].

Diese groteske Verdrehung der Ursachen des Konflikts, wonach nicht näher bezeichnete fremde Mächte einen »unerklärten Krieg gegen Afghanistan« führen, bleibt das Standardargument Moskaus und des Regimes in Kabul.

Objektiv hätte der sowjetische Parteichef gute Gründe, das Afghanistan-Abenteuer abzubrechen. Er trägt an der Fehlentscheidung des Politbüros keine persönliche Mitschuld, sondern hat den Krieg von seinem Vor-Vor-Vorgänger geerbt. Als am 25. Dezember 1979 die ersten sowjetischen Luftlandetruppen in Afghanistan eindrangen, war Gorbatschow erst Kandidat fürs Politbüro. Die gesamte damalige Parteispitze mit Generalsekretär Breschnew, KGB-Chef Andropow und Verteidigungsminister Ustinow weilt nicht mehr unter den Lebenden. Sie hatte mit einem leichten Feldzug gerechnet, der das erst anderthalb Jahre alte, in Bedrängnis geratene kommunistische Regime retten sollte. Der ›starke Mann‹ in Kabul, Hafisullah Amin, mußte physisch eliminiert werden, weil er Moskaus Ratschlägen keine Beachtung schenkte. Seine Schreckensherrschaft brachte den Volkszorn gegen die ›Saur‹-(April-)Revolution von 1978 auf.

Der schon unter Amins Vorgänger Nur Mohammad Taraki kaltgestellte und als Botschafter in die Tschechoslowakei abgeschobene Führer des ›Partscham‹-Flügels (nach der Zeitung ›Die Fahne‹), Babrak Karmal, kehrte mit den sowjetischen Truppen nach Kabul zurück. Karmal versuchte in der Folge, die Legende aufzubauen, er sei schon lange vor dem Einmarsch der Sowjets im afghanischen Untergrund gegen den Tyrannen Amin tätig gewesen. Hinsichtlich des Datums seiner angeblichen Ankunft in der Heimat widersprach er sich jedoch mehrmals. Es scheint auch erwiesen, daß seine erste Rundfunkansprache am 27. Dezember 1979 über einen in der Sowjetunion stehenden Sender verbreitet wurde.

Kosten-Nutzen-Rechnungen

Karmal gelang es nicht, die Lage zu stabilisieren und den erstarkenden Widerstand in Schach zu halten. Vertrauliche Berichte sowjetischer und osteuropäischer Pressekorrespondenten zuhanden ihrer Chefredaktionen zeichnen ein ziemlich düsteres Bild der Lage. 15 Kilometer von der Hauptstadt entfernt beginne das unsichere Gebiet. Abseits der Straßen und größeren Ortschaften übe die Regierung keinerlei Autorität mehr aus. Dieses Bild deckt sich weitgehend mit den Angaben der Widerstandsbewegungen. Diplomaten aus dem Westen und der Dritten Welt gelangen nach Verwertung aller verfügbaren Informationen zu folgender Analyse:

1.
Die sowjetische Führung habe eingesehen, daß in Afghanistan alle Voraussetzungen für die Errichtung eines kommunistischen Systems fehlen. Der geringe Einfluß des ›Revolutionsrats‹ sei augenfällig. Die Flügelkämpfe und manchmal blutigen Auseinandersetzungen innerhalb der afghanischen Partei irritieren Moskau. Parteichef Karmal wurde vor seiner Abberufung ziemlich deutlich angeklagt, in der Hast Fehler begangen und zu wenig Rücksicht auf die Traditionen genommen zu haben. Das sowjetische Parteiorgan ›Prawda‹ berichtete im April über Diskussionen im afghanischen Revolutionsrat, bei denen »Unzufriedenheit mit dem bisher Erreichten und scharfe Kritik an Fehlern, die den revolutionären Prozeß behinderten« zum Ausdruck gebracht wurden. Es sei der afghanischen Führung auch nicht gelungen, ihre Basis über eine kleine Gruppe von Revolutionären hinaus zu verbreitern.

2.
Ein militärischer Sieg der afghanischen Armee und der sowjetischen Truppen ist nicht absehbar. Die jüngsten Offensiven in den Provinzen Paktia und Nangrahar, durch welche die Widerstandskämpfer von ihren Nachschublagern in Pakistan abgeschnitten werden sollten, zeitigten bestenfalls einen halben Erfolg. Zwar gelang es der Regierungsseite, unter schweren Opfern einige Stützpunkte der ›Mudschaheddin‹ zu zerstören, doch ihre Bestände reichen nicht aus, die Grenze wirkungsvoll abzuriegeln. Um der in mehreren Landesteilen gleichzeitig aufflammenden Gegenoffensive Herr zu werden, müßten massive sowjetische Verstärkungen herangeführt werden — ein Szenario, das stark an die Eskalation des Vietnamkriegs erinnert und vor dem die Sowjets zurückschrecken.

3.
Die außenpolitischen Kosten des Krieges steigen ständig. Als Barometer können die Abstimmungen der UN-Generalversammlung dienen. Mit der Resolution 40/12[3] verlangten letzten Herbst 122 Staaten den »unverzüglichen Abzug der fremden Truppen aus Afghanistan«. Nur 19 Staaten stimmten dagegen und 12 übten Stimmenthaltung. Dies war die bisher deutlichste Abstimmungsniederlage der Sowjetunion in der UN-Generalversammlung. Ein Jahr zuvor lautete das Ergebnis 119 gegen 20 Stimmen bei 14 Enthaltungen. Nur mehr die engsten Verbündeten halten Moskau also in dieser Frage die Stange, und auch von ihnen nicht alle freiwillig.

Vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen ist die Sowjetunion durch die Veröffentlichung zweier Berichte wegen ihrer brutalen Kampfmethoden in Afghanistan an den Pranger gestellt worden. Die Sowjets versuchten, den mit der Berichterstattung betrauten österreichischen Völkerrechtspro-

fessor Felix Ermacora als Nazi-Sympathisanten hinzustellen, konnten aber die enorme Breitenwirkung seines ursprünglichen[4] und ein Jahr später fortgesetzten Reports nicht unterbinden.

Was realpolitisch schwerer wiegt als Abstimmungen der UN-Generalversammlung und Berichte der Menschenrechtskommission, ist der Rückgang des sowjetischen Einflusses in der islamischen Welt. Moskau sieht seine Möglichkeiten schwinden, in der Nahostpolitik mitzumischen. Mit ihrem wichtigen Nachbarstaat Iran hat die Sowjetunion nicht zuletzt wegen ihrer Militärintervention in Afghanistan ein gespanntes Verhältnis.

4.

In der Sowjetunion selbst breitet sich Unbehagen über den endlosen Krieg mit seinen zahlreichen Opfern aus. Nach amerikanischen Schätzungen[5] haben die Sowjets bereits 10 000 Tote, 30 000 Verwundete und Materialverluste von Milliarden Rubel zu beklagen. Dienstverweigerung, Fahnenflucht, Alkohol- und Drogenprobleme nehmen unter den sowjetischen Soldaten zu. Durch die rasche Rotation der Kampfverbände sind im Laufe der Jahre Millionen junger Sowjetbürger mit den Realitäten konfrontiert worden. Der Krieg kann daher vom Propagandaapparat nicht länger verschwiegen oder als Polizeiaktion gegen vom Ausland nach Afghanistan eingeschleuste Banditen verniedlicht werden. In der sowjetischen Hauptstadt ist von der Mißstimmung noch nicht viel zu spüren, berichten Gewährsleute, doch in Provinzzeitungen erscheinen verklausulierte Todesanzeigen von jungen Männern, die in Afghanistan fielen.

5.

Die materielle Last des Krieges erschwert die von Gorbatschow angestrebte Stärkung der Wirtschaft. Nicht nur der Unterhalt einer 115 000 Mann starken Invasionsarmee verschlingt eine Menge Geld, das für dringende Investitionen fehlt. Im Süden der Sowjetunion muß eine kostspielige Infrastruktur für den Nachschub, die Ablösung der Truppen und andere logistische Aufgaben aufrechterhalten werden. Nach Berechnungen von Experten übersteigt die Zahl der indirekt durch den Afghanistankrieg gebundenen Sowjetbürger um ein Mehrfaches die Mannschaftsstärke der Kampfverbände. Darüber hinaus muß die Sowjetunion die zerrüttete Wirtschaft Afghanistans über Wasser halten. Die Auslandsverschuldung der Regierung in Kabul betrug schon 1982 fast 60 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Sicherlich werden hinter den Kremlmauern auch einige Argumente für die Fortsetzung des Krieges in die Waagschale geworfen. Eines ist die Kontinuität der politischen Linie, welcher das kommunistische System großen Wert beimißt. Schon des Unfehlbarkeitsanspruchs der Partei wegen ist es immer schwierig, einmal getroffene Entscheidungen rückgängig zu machen, auch wenn sie sich als falsch herausstellen. Dazu käme im Falle Afghanistans die Schmach, eine zumindest formal an der Macht befindliche ›Bruderpartei‹ dem Verderben preiszugeben. Dem Dogma zufolge ist der Sieg des ›Sozialismus‹ ein unumkehrbares historisches Gesetz. Daß die Sowjetunion Afghanistan bereits zum sozialistischen Lager zählt, macht die konstante Verwendung der Abkürzung DRA als Staatsbezeichnung deutlich, wie dies unter kommunistischen Ländern üblich ist.

Globalstrategisch stellt der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan unbestreitbar einen Schritt in Richtung zu den warmen Meeren und den Ölquellen des Persischen Golfs dar. Ob dieser strategische Nutzen nur ein Nebeneffekt oder aber der Auslöser der Militärintervention war, wird der Geschichtsschreibung wohl ewig verborgen bleiben. Die Sowjets selbst geben aber strategische Überlegungen zu, wenn sie ihre kämpferische Truppenpräsenz mit der »internationalistischen Solidarität mit dem afghanischen Volk und den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion« rechtfertigen[6]. Nach einer defensiven Auslegung dieser Sicherheitsinteressen wäre es für die Sowjetunion gefährlich, wenn an ihren ›weichen Unterleib‹ — die kaukasischen oder überwiegend islamisch bevölkerten Republiken — angrenzend ein zweites Iran oder ein proamerikanisch ausgerichtetes Regime entstünde.

In seiner Rede in Wladiwostok hat Gorbatschow nicht nur die Peitsche geschwungen, sondern auch das Zuckerbrot hergezeigt. Nach einer nationalen Versöhnung und einer Verbreiterung der gesellschaftlichen Basis der national-demokratischen Revolution soll eine Regierung unter Einbeziehung jener politischen Kräfte geschaffen werden, die sich gegenwärtig außerhalb der Landesgrenzen befinden, aber zur ehrlichen Teilnahme am Aufbau des neuen Afghanistan bereit sind. Wenige Tage später stieß der neue afghanische Parteiführer Najibullah ins gleiche Horn. Wortwörtlich wiederholte er in einer Sendung von Radio Kabul das Angebot Gorbatschows auf Regierungsbeteiligung jener ins Ausland geflüchteten Gruppen, die das Regime bisher als Banditen und Kriminelle bezeichnete und mit denen es jegliche Verhandlungen ablehnte.

Stummer Handel

Dennoch bleiben die Widerstandsbewegungen von den Verhandlungen ausgeschlossen, die seit Juni 1982 unter der Ägide der Vereinten Nationen stattfinden. Das prozedurale Gerüst dieser Verhandlungen gehört zum Verschachteltsten, was sich bisher Diplomatengehirne ausdachten. Von den unmittelbaren Kriegsteilnehmern ist nur das von den Sowjets gestützte Regime durch seinen Außenminister Shah Mohammad Dost vertreten. Die Sowjetunion hält sich im Hintergrund; die afghanischen Widerstandsbewegungen sind nicht zugelassen. Als einziger Verhandlungspartner der Regierung in Kabul tritt Pakistan in Erscheinung. Außenminister Sahabzada Yaqub-Khan bekommt aber seinen afghanischen Amtskollegen nie zu Gesicht. Die Pakistaner weigern sich, mit den Vertretern Kabuls am gleichen Tisch Platz nehmen, weil sie die von der Sowjetunion eingesetzte Regierung nicht anerkennen.

Zu Beginn wurden die Gespräche ›indirekt‹ geführt. Der UN-Vermittler empfing in einem Büro des Genfer Völkerbundpalastes am Vormittag die pakistanische und am Nachmittag die afghanische Delegation. Unter dieser Formel fanden drei Runden statt (16.–24. Juni 1982, 11.–22. April 1983 und 12.–24. Juni 1983). Während der langen Pausen versuchte Cordovez, durch Konsultationen in Kabul, Islamabad und Teheran den Prozeß voranzutreiben. Der Iran war zu den Verhandlungen eingeladen worden, weil sich auf seinem Territorium über eine Million Afghanistan-Flüchtlinge befinden. Die Regierung in Teheran macht aber ihre Teilnahme von zwei Vorbedingungen abhängig: dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und der Beteiligung der Widerstandsbewegungen an den Diskussionen über die Zukunft des Landes. Trotz ihres Boykotts läßt sich die Islamische Republik Iran laufend von Cordovez über den Verhandlungsstand informieren.

Über ein Jahr lang ruhten die Verhandlungen völlig; ihre Wiederbelebung schien vergebliche Mühe. Im Laufe der drei ersten Runden hatten sich die Bemühungen erfolglos auf die Ausarbeitung eines einzigen Dokuments konzentriert, welches alle vier vereinbarten Kapitel unter einen Hut bringen sollte. Diese Kapitel sind:

1. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der betroffenen Staaten,
2. internationale Garantie dieser Nichteinmischung,
3. freiwillige Heimkehr der etwa sechs Millionen Flüchtlinge,
4. Abzug der fremden Truppen.

Der Vermittler der UN hatte Teile eines Vertragsentwurfs vorgelegt, die jedoch in dieser Form weder der Regierung in Kabul noch Pakistan annehmbar erschienen.

Im April 1984 unternahm Cordovez mit einer Rundreise durch den Mittleren Osten einen Anlauf zur Überwindung der Hindernisse. Man einigte sich dabei auf eine neue Verhandlungsform, die ›proximity talks‹: Die afghanische und die pakistanische Delegation sitzen gleichzeitig in getrennten Räumen, während

Cordovez als ›Briefträger‹ die Vorschläge und Gegenvorschläge hin und her trägt. Von diesem neuen Verfahren erhoffte man sich eine rationellere Abwicklung der Gespräche. Die Formel erlaubte Ende August 1984 eine weitere, nur eine Woche dauernde Verhandlungsrunde. Die beiden Seiten einigten sich aber lediglich darauf, die Nichteinmischung und Nichtintervention vom übrigen Paket zu trennen und in bilateralen Abkommen zu regeln. In den Schlüsselfragen wurde keinerlei Annäherung erzielt.

Selbst UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar verlor daraufhin die Geduld. Wie er in einer Unterhaltung mit dem Autor dieser Zeilen erklärte, könne die Weltorganisation nicht länger das Alibi für einen angeblichen Friedenswillen liefern, während der Krieg an Heftigkeit zunimmt. Der Generalsekretär würde einer neuen Verhandlungsrunde erst zustimmen, wenn sich in den Kulissen ein Kompromiß abzeichnet. Nach langer Funkstille signalisierten die Konfliktparteien wieder etwas Bewegung. Cordovez ergriff im Mai 1985 erneut den Wanderstab und klapperte die Staatskanzleien des Mittleren Ostens ab. Zwischendurch brachten hohe UN-Chargen den Fall Afghanistan auch in Moskau und Washington aufs Tapet. Dabei wurde eine Verständigung erzielt, wonach die politische Lösung des Konflikts aus einer Reihe von Rechtsinstrumenten bestehen soll:

- einem Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan über Nichteinmischung und Nichteingreifen in die Angelegenheiten des anderen Staates;
- einer Erklärung oder mehreren Erklärungen über internationale Garantien (die Sowjetunion und die USA zeigten sich gewillt, nach Vertragsabschluß die Souveränität Afghanistans schriftlich zu gewährleisten);
- einem pakistanisch-afghanischen Abkommen über die freiwillige Heimkehr der Flüchtlinge (ein ähnliches Übereinkommen müßte später mit dem Iran abgeschlossen werden);
- einem Instrument, welches die Zusammenhänge und die Parallelität zwischen den drei vorher genannten Maßnahmen und dem Rückzug der ausländischen Truppen herstellt.

Das letzte und schwierigste Kapitel erhielt den unverfänglichen englischen Titel ›Interrelationships‹. Wesentlicher Bestandteil soll ein zwischen Moskau und Kabul vereinbarter, von der Gegenseite akzeptierter Kalender für den Abzug der Sowjetarmee sein. Dafür müßte Pakistan die Militärhilfe für die Mudschaheddin einstellen und die Grenze zu Afghanistan für die Freischärler dicht machen. Dahinter stehen natürlich die großen Fragezeichen, wie ein Waffenstillstand erreicht werden und wer ein wieder unabhängig und blockfrei gewordenes Afghanistan regieren soll.

Der erzielten Absprache folgte eine intensive Serie von Verhandlungen in Genf (20.–25.Juni, 27.–30.August und 16.–19.Dezember 1985). Bereits in der Juni-Runde gelang es, die Entwürfe der bilateralen Abkommen über die Nichteinmischung und über die Flüchtlinge zu Papier zu bringen. Der Vermittler der Vereinten Nationen erarbeitete im Konzert mit den Verhandlungspartnern auch den Text einer Deklaration über internationale Garantien, welcher der Sowjetunion und den USA zur Begutachtung übermittelt wurde. Beide Supermächte schlugen Abänderungen vor, taten aber ihre Bereitschaft kund, auf dieser Basis als Garanten eines Friedensabkommens aufzutreten.

Das entscheidende Kapitel indessen, das der ›Interrelationships‹, gelangte überhaupt nicht zur Behandlung. Der afghanische Außenminister behauptete plötzlich, daß diese Fragen nicht in indirekten Verhandlungen bereinigt werden könnten. Zur Inangriffnahme der Schlüsselprobleme müsse sich der Vertreter Pakistans mit ihm an einen Tisch setzen. Pakistan witterte hinter diesem Ansinnen eine Falle und lehnte es strikt ab. Das isolierte Regime in Kabul könne es ja lediglich auf seine diplomatische Aufwertung abgesehen haben und nach Erreichung dieses Ziels ein Abkommen über den Kern der Sache hintertreiben. Die Verhandlungen waren wieder am toten Punkt angelangt.

Im März dieses Jahres reiste Cordovez erneut zehn Tage lang zwischen Kabul und Islamabad hin und her, um die Gespräche zu retten. Dabei kam der Kompromiß zustande, die Verhandlungen vorläufig als ›proximity talks‹ weiterzuführen. Bei der Unterzeichnung des Vertrags jedoch würden die Vertreter Afghanistans und Pakistans am gleichen Tisch Platz nehmen. In Vorbereitung einer für den 5. Mai anberaumten neuen Runde redigierte der UN-Vermittler einen eigenen Entwurf des Kapitels ›Interrelationships‹ und flog damit am 18.April nach Neu-Delhi, um ihn den bei einem Treffen der Bewegung der Blockfreien anwesenden Außenministern Afghanistans und Pakistans vorzulegen.

Zu Beginn der siebenten Verhandlungsrunde erklärte Cordovez vor der Presse in Genf, daß diese die endgültig letzte sei. Er wollte die Kontrahenten damit in die Pflicht nehmen und deutlich machen, daß die Möglichkeiten der Vereinten Nationen bald erschöpft sind. Erstmals beklagte der hohe UN-Diplomat

Auf unbestimmte Zeit vertagt wurden kürzlich die unter der Schirmherrschaft der Weltorganisation stattfindenden Afghanistan-Gespräche. Unmittelbar an ihnen beteiligt sind nur die Regierungen in Islamabad und Kabul, und auch diese reden nicht miteinander, sondern bedienen sich der Vereinten Nationen als Zwischenträger. Unser Bild vom 29.August des Vorjahres zeigt den afghanischen Außenminister Shah Mohammad Dost (3.v.l.) mit seiner Delegation; ihm gegenüber (2.v.r.) sitzt Diego Cordovez, UN-Untergeneralsekretär für besondere politische Fragen.

auch öffentlich die mangelnde Eile der Unterhändler. »Die Uhren des Mittleren Ostens gehen langsamer«, meinte er, »wenn ich das nächste Mal in die Gegend reise, werde ich anstelle des Flugzeugs ein Kamel benutzen«.

Einen Funken Hoffnung brachte die Meldung, daß die Sowjetunion mit ihren Schützlingen in Kabul einen Truppenrückzugskalender vereinbart hatte. Mit einiger Verzögerung gelangte dieser Kalender auf den Genfer Verhandlungstisch. Der Plan gibt den Sowjets nach der Unterzeichnung eines Abkommens aber vier Jahre Zeit, ihre Truppen etappenweise abzuziehen. Pakistan vertritt die Ansicht, daß für diese Operation vier Monate ausreichen würden. »Jede Minute, die wir der logistisch notwendigen Zeit für die Heimschaffung der Sowjetsoldaten hinzufügen, spielen wir russisches Roulette«, meinte ein pakistanischer Regierungsvertreter. Die Einstellung der Militärhilfe an die Mudschaheddin würde deren Kampf den gegenwärtigen Schwung nehmen, der sich nicht rasch wieder ankurbeln läßt, falls die Sowjets unter einem Vorwand eine neue Offensive starten.

Bei den Verhandlungen geht es also darum, die einzelnen Schritte zeitlich abzustimmen und fest miteinander zu verknüpfen, damit sich keine Seite der Vertragserfüllung entziehen kann. Seit dem Beginn der siebenten und erklärterweise letzten Runde hat sich aber nicht viel getan. Die Gespräche wurden bereits zweimal unterbrochen, immer mit dem Hinweis, daß die gleiche Runde weitergeht. Laut Cordovez befinden sich die Verhandlungen indessen nicht wieder in der Sackgasse. Bei dem gegenseitigen Mißtrauen werde eben jedes Wort auf die Goldwaage gelegt und jeder Satz auf eventuelle unterschiedliche Interpretationen geprüft. Die jüngste Vertagung auf unbestimmte Zeit gibt aber nicht gerade den Optimisten Auftrieb.

›Afghanisierung‹ des Konflikts

Worauf warten die Kontrahenten? Für die Sowjetunion liegen die Vorteile eines Zeitgewinns auf der Hand. Sie hofft, daß der neue afghanische Parteiführer Najibullah seine Sache besser macht als Karmal. Der 39jährige Paschtune aus der strategisch wichtigen Grenzprovinz Paktia war ursprünglich Arzt. Er gehört der Partscham-Linie und seit 1977 dem Zentralkomitee der Demokratischen Volkspartei an. Wie Karmal wurde er nach der April-Revolution, die eigentlich nur ein Putsch war, von der Chalq-Fraktion ins Exil getrieben und kehrte 1979 wieder in die Heimat zurück. Im Revolutionsrat wurde er dann Verantwortlicher für den Staatssicherheitsdienst (Khad), den er nach dem Vorbild des sowjetischen KGB ausbaute. Er genießt den Ruf, die Widerstandsbewegungen mit eigenen Leuten durchsetzen und spalten zu können. Einige Sonder-Waffenstillstandsvereinbarungen gehen auf seine Geschicklichkeit zurück, die Loyalität von Stammesfürsten zu erkaufen. Als eine seiner Prioritäten hat Najibullah die Stärkung der arg geschrumpften Regierungsstreitkräfte bekanntgegeben.

In genau dieses Muster paßt die Ankündigung Gorbatschows, sechs sowjetische Regimenter bis Jahresende aus Afghanistan abzuziehen. Militärisch schwächt der Rückzug von etwa 7000 Soldaten — darunter zwei sinnlose Luftabwehrregimenter — das Expeditionskorps kaum. Die wirksamsten Waffen der Sowjets, ihre Flugzeuge und Kampfhubschrauber, starten ohnehin von Basen in der Sowjetunion. Die verlustreichen Gefechte auf dem Terrain möchte Moskau nach Möglichkeit den afghanischen Regierungstruppen überlassen. Augenzeugen berichten, daß zunehmend afghanische Soldaten an vorderster Linie eingesetzt werden, unterstützt und angetrieben von sowjetischen ›Speznas‹-Einheiten.

So wie die USA einmal den Vietnamkrieg ›vietnamisieren‹ wollten, versuchen die Sowjets jetzt in Afghanistan den Regierungssoldaten die Hauptlast des Krieges aufzubürden. Auch die Strategie der verbrannten Erde, welche die Zivilbevölkerung in die leichter zu kontrollierenden Städte treiben und die Widerstandskämpfer jeglicher lokaler Unterstützung berauben soll, weckt Erinnerungen. Ob die Sowjets damit mehr Erfolg haben

›Ja zum Leben, Nein zu Drogen‹

lautet das Motto der durch Resolution 40/122 der Generalversammlung der Vereinten Nationen einberufenen ›Internationalen Konferenz über Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr‹ (International Conference on Drug Abuse and Illicit Trafficking, ICDAIT). Sie wird vom 17. bis zum 26. Juni 1987 in Wien stattfinden. Die Besorgnis der internationalen Gemeinschaft angesichts dieses weltweiten Problems drückte sich beispielsweise auch in der ›Erklärung über die Bekämpfung des Drogenhandels und Drogenmißbrauchs‹ vom 14. Dezember 1984 aus (Text: VN 1/1986 S.39f.).

als die Amerikaner, bleibt abzuwarten. Vorläufig setzt Moskau jedenfalls auf diese Karte.

Unter Druck geraten ist die Gegenseite. Pakistan sieht sich zunehmend Einschüchterungsversuchen der Sowjetunion ausgesetzt. Die schon fast systematische Bombardierung pakistanischer Dörfer, in denen sich afghanische Widerstandskämpfer aufhalten, ist gewiß kein Zufall. Angeblich hat Gorbatschow dem pakistanischen Staatschef Zia ul-Haq Maßnahmen angedroht, falls er die Bildung einer afghanischen Exilregierung zuläßt. Der Vielvölkerstaat Pakistan muß auch ohne Zutun sowjetischer Agenten seine Destabilisierung befürchten. Die Anwesenheit von fast vier Millionen afghanischen Flüchtlingen, die sich eine gewisse Autonomie geschaffen haben, führt zu Reibereien mit der einheimischen Bevölkerung. Ein verschwiegenes Kapitel ist der ausgedehnte Drogenhandel. Nach den Statistiken der Rauschgiftabteilung der Vereinten Nationen in Wien hat der ›Goldene Halbmond‹ (das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet) das berühmte ›Goldene Dreieck‹ (Thailand-Birma-Laos) als führender Heroinlieferant überflügelt. Das aus Afghanistan stammende Rohopium wird in geheimen Labors in Pakistan zu Heroin und anderen Derivaten weiterverarbeitet. Afghanische Widerstandsgruppen finanzieren auf diese Weise ihre Waffenkäufe. Der Großteil der Ware geht nach Europa und Nordamerika, doch auch in Pakistan selbst, vor allem in Studentenkreisen, grassiert die Drogensucht.

Die nunmehr auch innenpolitisch in Bedrängnis geratene Regierung Pakistans hat daher kein Interesse an einer Eskalation des Krieges in Afghanistan. Sie behindert den Transit moderner amerikanischer Waffen für die Mudschaheddin. Nur wenige der von Washington gelieferten ›Stinger‹-Fliegerabwehrraketen gelangten in die Hände der Widerstandskämpfer. Im übrigen stellten sich die Raketen mit infrarotempfindlichem Suchkopf, die aus einem geschulterten Rohr abgefeuert werden, als unwirksam heraus. Es wird jetzt untersucht, ob die mangelnde technische Ausbildung der Freischärler, der rüde Transport oder die starke Sonneneinwirkung daran die Schuld tragen.

Sieben der wichtigsten Widerstandsbewegungen haben sich im Herbst 1985 verbündet. Sie trauen aber der Wahrnehmung ihrer Interessen durch Pakistan immer weniger. Wie ihr Sprecher Sayed Ahmad Gailani im April in Genf erklärte, wünscht die ›Islamische Allianz der Mudschaheddin Afghanistans‹ selbst an allen Verhandlungen teilzunehmen. Ein in Genf erzieltes Ab-

kommen unter Ausschluß der Widerstandsbewegungen wäre wertlos, meinte Gailani.
Das Zweckbündnis zwischen den verschiedenen Widerstandsbewegungen verdeckt aber nur notdürftig ihre innere Zerrissenheit ideologischer und ethnischer Natur. Ihre Gönner wollen daher wissen, welchen Weg ein von ihnen geführtes Afghanistan nehmen würde. Eine Theokratie nach iranischem Vorbild wäre für die gemäßigten arabischen Staaten und den Westen ein schlimmeres Übel als ein kommunistisch angehauchtes Regime. Die westlichen Mächte lassen sich daher alle Optionen offen. Sie unterhalten immer noch diplomatische Vertretungen in Kabul und akzeptieren bei UN-Konferenzen mit rein formalen Vorbehalten die Beglaubigungsschreiben der afghanischen Regierungsvertreter. Der unbarmherzige Krieg in Afghanistan wird wohl noch viele Opfer kosten. Bevor die Zeit für eine tragfähige Lösung reift scheint, müssen alle Konfliktparteien erst ihre Hausaufgaben machen.

Anmerkungen

1 Siehe auch den Bericht zur 6. Notstandssondertagung der Generalversammlung in VN 2/1980 S.58ff. und den Beitrag von Karl-Heinrich Rudersdorf, Afghanistan 1981. Faustpfand eines neuen Kalten Krieges oder lösungsfähiger Konflikt?, VN 4/1981 S.109ff.
2 Gorbatschow vor dem XXVII. Parteitag der KPdSU.
3 Text: S.143 dieser Ausgabe.
4 Siehe VN 4/1985 S.128f.
5 Robert A. Peck, stellvertretender Abteilungsleiter im US-Außenministerium, am 1.Mai 1986 bei einem Hearing des Unterausschusses des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten in Asien und im Pazifik.
6 Gorbatschow am 28.Juli 1986 in Wladiwostok.

Zypern und die Mutterländer

RÉMY GORGÉ

I

Es ist sattsam bekannt, daß in Zypern seit über zwei Jahrzehnten kein Friede herrscht — trotz der steten Bemühungen der Vereinten Nationen und verschiedener Mitgliedstaaten. Daß der Streit zwischen den beiden Volksgruppen die Beziehungen zwischen Ankara und Athen schwer belastet, ist ebenso allbekannt. In diesem Aufsatz möchte ich die Ansicht vertreten, daß ohne eine Versöhnung zwischen Griechenland und der Türkei eine dauerhafte Lösung nicht zu erreichen ist. In diesem Zusammenhang ist es zweckdienlich, den Ablauf der Ereignisse seit den fünfziger Jahren kurz in Erinnerung zu bringen.
In der Zypernfrage wurden die Weichen schon vor gut dreißig Jahren gestellt, nämlich 1954, als die griechische Regierung nach anfänglichem Zögern dem Drängen von Erzbischof Makarios und seiner Volksgruppe nachgab und sich an die Generalversammlung der Vereinten Nationen wandte mit dem Ziel, die Vereinigung der Insel mit Griechenland (Enosis) zu bewerkstelligen, und zwar durch Ausübung des Selbstbestimmungsrechts (über den Ausgang einer solchen Abstimmung bestand ja kein Zweifel). Wichtiger als der Unmut, den Athen dadurch in London erregte, war die grundlegende und folgenschwere Stellungnahme der Türkei: Nicht nur sei ihr das Schicksal der Türkisch-Zyprer nicht gleichgültig, sondern die Insel sei auch für die Verteidigung der südlichen Türkei und des nördlichen Mittelmeeres wichtig. Trotz dieser Einwände, die natürlich von den Türkisch-Zyprern begrüßt wurden, befaßte sich die Generalversammlung auf Ersuchen Athens weiterhin jährlich mit Zypern; die Griechisch-Zyprer ihrerseits griffen zu den Waffen. Durch diese Entwicklung gewann die Zypernfrage in der Türkei höchste nationale Bedeutung — und dabei ist es geblieben. In den nachfolgenden Jahren wurden Ankaras Entschlossenheit und Beharrlichkeit und das damit verbundene Durchhaltevermögen der Türkisch-Zyprer wiederholt unterschätzt. Der beinharte Stand der Türkei — in Istanbul und Izmir kam es zu schweren Auschreitungen gegen dort ansässige Griechen und deren Eigentum — brachte 1960 ein für die türkische Seite vorteilhaftes Vertragswerk, das in hohem Maße ihrem Hauptanliegen Rechnung trug.
Innerhalb weniger Jahre wurde die griechische Regierung von den Griechisch-Zyprern wiederum unter Druck gesetzt, welche die Vereinbarungen von 1960 als untragbar empfanden und deren schrittweisen Abbau anstrebten. Keine Regierung in Athen hätte sich diesem Vorhaben widersetzen und ihre Unterstützung verweigern können: zu eng waren die Bande, die Griechenland von jeher mit der Insel verknüpften, zu groß der Einfluß der Kirche und das Ansehen Makarios', des Hellenisten. Athen war sich natürlich voll bewußt, daß dies ein schicksalschwerer Entschluß war, der neue, gefährliche Spannungen mit Ankara entfachen würde.

Als die Türkei, in ihrer Eigenschaft als Schutzmacht, im Dezember 1963, noch vor den Türkisch-Zyprern, Makarios' Vorschläge zu einer Verfassungsänderung verwarf und noch im selben Monat die ersten Wirren ausbrachen, sandte Griechenland in rascher Folge Tausende von Offizieren und Truppen auf die Insel;

Nicht von Erfolg gekrönt waren bisher die zähen Bemühungen der Weltorganisation um eine Lösung der Zypernfrage — ungeachtet langer Beschäftigung mit dem Thema (vgl. Ansgar Skriver, Zyprische ›Jubiläen‹. Zwanzig Jahre UNFICYP, zehn Jahre Teilung, VN 2/1984 S.41ff.). Der letzte Bericht des Generalsekretärs vom 11.Juni 1986 (UN-Doc.S/18102/Add.1) ist höchst lesenswert und verdeutlicht einmal mehr, warum die bestgemeinten Vorschläge — wie sein jüngster Entwurf eines Rahmenabkommens — nicht zum Ziele führen können. Äußerst aufschlußreich sind nämlich die Stellungnahmen beider Seiten zu diesem Entwurf; die ausführlichen Antworten, die dem Bericht beiliegen, machen es augenfällig, daß in den grundlegenden Fragen die Kluft ebenso tief ist wie vor zehn Jahren anläßlich der Wiener Gespräche unter der Schirmherrschaft von Kurt Waldheim. Die offenen Fragen betreffen nach wie vor:

- *den Zeitpunkt und das Ausmaß des Rückzugs der türkischen Truppen;*
- *die sogenannten internationalen Garantien;*
- *die Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit sowie die freie Ausübung des Eigentumsrechts*

und schließlich

- *den Abzug der Festland-Türken, die sich seit 1974 angesiedelt haben.*

Angesichts des unvermindert gespannten Verhältnisses zwischen den beiden Volksgruppen sowie zwischen Ankara und Athen — der kürzliche dreitägige Besuch des türkischen Ministerpräsidenten im Norden Zyperns sorgte für erneute Erregung — kommt es eigentlich nicht überraschend, daß Präsident Kyprianou darauf dringt, vorgängig, also vor Unterzeichnung eines Rahmenabkommens (das sich vor allem mit der Grundform, der Aufgabenverteilung, der gesetzgebenden und der vollstreckenden Gewalt eines künftigen Bundesstaates und mit Verfahrensfragen befaßt) die obigen schwebenden Fragen anzupacken und einer Lösung zuzuführen. In den Augen Ankaras allerdings ist die griechische Seite nur darauf bedacht, eine vernünftige Lösung zu vereiteln, denn Zypern solle weiterhin dazu dienen, die Türkei an den Pranger zu stellen, um ihr einerseits den Weg in die Europäische Gemeinschaft zu versperren und andererseits die amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe an den ›Erbfeind‹ trotz dessen geopolitisch bedeutsamer Lage in Schranken zu halten.
Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß nach dem letzten UN-Bericht, in dem Pérez de Cuéllar seine Enttäuschung und Besorgnis nicht verbirgt, Stimmen laut werden, welche die Zypernfrage als unlösbar und die gegenwärtige De-facto-Teilung als Dauerschicksal bezeichnen. Der Verfasser dieses Aufsatzes teilt diese Meinung — sofern keine Staatsmänner auftreten, um wie vor rund sechzig Jahren einen bahnbrechenden Wandel in den Beziehungen zwischen der griechischen und der türkischen Nation herbeizuführen.